

Rede Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert am 27. Januar 2016 zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

„Wer Unfreiheit und Willkür kennt, der weiß Freiheit und Recht zu schätzen. Die Selbstverständlichkeit aber, mit der unser Volk Freiheit und Recht erleben darf, vermittelt mitunter zu wenig Gespür für die Gefahren von Willkür und Unfreiheit. Das ist das große

Problem, vor dem jeder Rechtsstaat steht.“

Meine Damen und Herren, mit diesem Hinweis hat der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1996 in seiner Ansprache im Deutschen Bundestag den 27. Januar zum jährlichen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt – als beständige Mahnung zur Weitergabe der Erinnerung an das nationalsozialistische Unrechtsregime mit seinen entsetzlichen Ausprägungen und Folgen.

Seit zwanzig Jahren halten wir alljährlich an dem Tag inne, an dem 1945 Soldaten der Roten Armee das Konzentrationslager Auschwitz Birkenau befreiten und Menschen vorfanden, von denen jeder Einzelne ein kaum vorstellbares Ausmaß an „Unfreiheit und Willkür“ erlitten hatte – Menschen, die ihrer Rechte, ihrer Unversehrtheit und ihrer Würde beraubt, gequält, ausgebeutet und in den Tod geschickt werden sollten.

„Fast jeder Überlebende hat seinen ‚Zufall‘, das Besondere, Spezifische, das ihn oder sie unvermutet am Leben erhalten hat“, schreiben Sie, verehrte Frau Klüger, in Ihrem autobiographischen Band „weiter leben“. Ihr eigener lebensrettender „Zufall“ führte Sie mit Ihrer Mutter und einer Freundin nach Christianstadt in ein heute fast vergessenes Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen in Schlesien, in dem insbesondere die deutsche Rüstungsindustrie KZ-Häftlinge erbarmungslos ausnutzte. Auch Sie waren als Kind verdammt zu Arbeitsdiensten, die für ungezählte Menschen in tödlicher Erschöpfung endeten. Der sicheren Ermordung konnten Sie so entgehen, doch dass Sie dem Tod wirklich entkommen würden, war in diesem Augenblick längst nicht ausgemacht.

Meine Damen und Herren, wir gedenken heute der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Wir gedenken all der ermordeten Juden Europas, der Sinti und Roma, der kranken und behinderten Menschen, der Homosexuellen und all derer, denen ihr Recht auf Leben abgesprochen wurde, der Gequälten und Ermordeten. Wir gedenken derer, die Widerstand leisteten, die ihr Leben als Andersdenkende verloren, weil sie sich nicht beugten und ihre politische Überzeugung, ihre Moral oder ihren Glauben nicht aufgaben. Wir gedenken der Kriegsgefangenen und Deserteure, der ungezählten zivilen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in ganz Europa und wir gedenken in diesem Jahr insbesondere auch der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Wir erinnern an unvorstellbare Menschheitsverbrechen, an Völkermord und daran, was Menschen anderen Menschen angetan haben. Wir verneigen uns vor den Toten – und wissen zugleich um die tiefen, lebenslang schmerzenden Wunden, unter denen die Überlebenden dieser Schrecken leiden. „Die Folter“, schreibt Ruth Klüger, „die Folter verlässt den Gefolterten nicht, niemals, das ganze Leben lang nicht.“

Im Gedenken an das Leid dieser Gezeichneten, der Toten und Verwundeten, und die in deutschem Namen begangenen Verbrechen, den weit in alle Bevölkerungskreise hineinreichenden Verlust von Humanität vor Augen, bekennen wir uns dazu, wachsam gegenüber Unmenschlichkeit zu bleiben und uns gegen Ausgrenzung, gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stellen. Die Auseinandersetzung mit „Unfreiheit und Willkür“, mit Unmenschlichkeit, Moralverlust und den bis heute nachwirkenden Folgen des von Deutschen begangenen Unrechts ist und bleibt grundlegend für unser Land – und dies umso mehr angesichts der humanitären Herausforderungen, vor denen wir bei uns, in Europa und in der Welt derzeit stehen.

Meine Damen und Herren, als die Alliierten 1945 die Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Neuengamme, Bergen-Belsen und Groß-Rosen, um nur einige zu nennen, befreiten, stoppten sie eine historisch beispiellos grausame Tötungsmaschinerie. Gerettet wurden zugleich Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, denen

Deutsche die Freiheit geraubt hatten, um ihre Arbeitskraft auszubeuten.

Mehr als dreizehn Millionen Menschen wurden innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs gezwungen, unter unwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Die Anzahl derer, die in den besetzten Gebieten Zwangsarbeit leisten mussten, ist allenfalls vage zu schätzen. Die zur billigsten Arbeitskraft degradierten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter standen am unteren Ende der menschenverachtenden Hierarchie des NS-Staates – ihren Tod „durch Arbeit“ nahmen die Ausbeuter bewusst in Kauf. Zunächst warb die Deutsche Arbeitsverwaltung noch vermeintlich freiwillige ausländische Zivilarbeiter an, oft mit falschen Versprechungen; doch mit Kriegsbeginn etablierte sich ein System der gewaltsam durchgesetzten Zwangsrekrutierung. Diese Menschen aus den vom Deutschen Reich überfallenen Ländern, besonders aus Polen und aus den Staaten der Sowjetunion waren zur Schwerstarbeit verdammt – zur „Sklavenarbeit“, wie der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg später ausdrücklich befand. Vor allem die deutsche Industrie, die unter einem beständigen Arbeitskräftemangel litt, setzte KZ-Häftlinge, im Verlauf des Krieges ungezählte Kriegsgefangene und verschleppte Zivilisten ein. Es war ein perfides System, in dem Menschen die Wirtschaft und Rüstungsindustrie ihrer eigenen Unterdrücker am Laufen hielten.

Zwangsarbeit war in der nationalsozialistischen Diktatur ein Massenphänomen, ein vor aller Augen begangenes Verbrechen. Davon profitierten alle – auch die zivilen – Sparten der Wirtschaft im Deutschen Reich und in den Gebieten, die es besetzt hielt. Im Juli 1944 stellten zivile Zwangsarbeiter, zur Arbeit gezwungene Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge ein Viertel aller Arbeiter und Angestellten im Deutschen Reich. Zwangsarbeiter waren vor allem in der Rüstungsindustrie eingesetzt, aber auch in Bäckereien oder Gärtnereien und ganz wesentlich in der Landwirtschaft. Darüber informiert eine Ausstellung, die wir heute Morgen im Paul-Löbe-Haus eröffnet haben. Sie arbeiteten für Großkonzerne wie für Handwerker, für Kirchen und Städtische Betriebe, im Bergbau wie in Privathaushalten. Und auch wenn einige der Zwangsarbeiter von einst berichten, sie hätten im Privaten durchaus die Mitmenschlichkeit erfahren, die ihnen öffentlich verweigert wurde, so blieb es doch ein System von „Unfreiheit und Willkür“, das Arbeiter billigend Hunger, Krankheit und Gewalt oder dem Tod aussetzte.

Die Zwangsarbeit im Deutschen Reich war ein Massenphänomen und für jeden sichtbar. Kolonnen von Zwangsarbeitern zogen unter Bewachung allmorgendlich aus den Lagern in die Betriebe – allein in Berlin gab es rund 3.000 Sammelunterkünfte für rund eine halbe Million Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Dass von ihrem unfreiwilligen Einsatz und den ausbeuterischen Bedingungen, unter denen sie arbeiten mussten, niemand gewusst habe, ist längst ins Reich der Legenden verwiesen. Und doch fand die Zwangsarbeit lange nicht den ihren Opfern gebührenden Platz in der deutschen Erinnerungskultur. Erst in den 1980er Jahren, als in der Bundesrepublik vermehrt Geschichtswerkstätten oder Schülergruppen in ihrer jeweiligen Nachbarschaft auf Spurensuche gingen, gaben vielfach gerade Relikte von NS-Zwangsarbeitslagern diesen zivilgesellschaftlichen Initiativen den Anstoß für weitere Recherchen. Sie trugen letztlich dazu bei, den gängigen wie apologetischen Mythos zu widerlegen, man habe doch „von alledem nichts gewusst“.

Das Bedürfnis nach einer offiziellen Anerkennung des Leids von Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern war damit noch lange nicht gestillt. Bis deutsche Unternehmen, die von Zwangsarbeit erheblich profitiert hatten, dazu bereit waren, Verantwortung zu übernehmen, vergingen Jahre – bis zur Gründung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft, die mit der Zahlung von symbolischen Ausgleichsleistungen betraut wurde, erst im Jahr 2000! Damals schon kam das für die

meisten der ehemaligen Zwangsarbeiter zu spät. Doch konnten immerhin an mehr als anderthalb Millionen Menschen aus Russland, Polen, der Ukraine, Weißrussland, den baltischen Staaten, Tschechien und anderen Ländern Entschädigungen aus dem halb staatlich, halb privatwirtschaftlich finanzierten Stiftungsvermögen gezahlt werden. Und mit der 2011 neu gefassten Anerkennungsleistung für einstige Arbeit in den Ghettos und der im Mai des vergangenen Jahres beschlossenen Zahlungen für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene konnten weitere Opfer berücksichtigt werden. Wir sind uns der nicht wiedergutzumachenden Tatsache bewusst, dass Zwangsarbeit letztlich ohne Gegenwert blieb. „Entschädigung“ kann nicht mehr als eine Geste sein, ein Zeichen an die wenigen Überlebenden, dass wir ihre Qualen nicht vergessen haben und ihre Geschichte ein Teil unserer Geschichte ist.

Wenn wir Gedenken ernst nehmen, so müssen wir jeder Zeit, jeder Generation zugestehen und zumuten, eigene Fragen zu stellen und ein jeweils eigenes Gedenken zu entwickeln – kein Vergessen, sondern Erinnern: stets neues Mitfühlen, Mitdenken. „Wer aber mitfühlen, mitdenken will, braucht Deutungen des Geschehens“, schreiben Sie, verehrte Frau Klüger, in ihrer Biographie. Gerade Menschen, die zwei, drei oder inzwischen vier Generationen nach der Befreiung von Auschwitz geboren oder aber in einer kulturellen Tradition groß geworden sind, in der das Gedenken an den Holocaust im historisch-politischen Bewusstsein nicht verankert ist, sind auf Deutungen angewiesen, auf die wissenschaftliche Erkenntnis von Historikern wie auf den authentischen Bericht derer, die es erlebt haben. Deshalb ist die Begegnung mit Zeitzeugen auch einer der wesentlichen Programmpunkte der Jugendbegegnungen, zu denen der Deutsche Bundestag seit 1997 jedes Jahr einlädt. Die diesjährigen Teilnehmer aus Deutschland sowie aus ost- und westeuropäischen Staaten setzen sich in diesen Tagen besonders mit dem Schicksal von Zwangsarbeitern auseinander. Sie begrüße ich herzlich, ebenso und ganz besonders dankbar die Gäste unter uns, die sich als Zeitzeugen den Fragen der Jugendlichen gestellt haben. Sie ermöglichen mit ihrer jeweils eigenen, ganz persönlichen Geschichte einen unmittelbaren Zugang zur Erfahrung und dem Erleiden von Zwangsarbeit.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss dieser Gedenkstunde, nach der Ansprache von Frau Klüger, wird der RIAS-Kammerchor das „Lied der Moorsoldaten“ anstimmen. Es ist zum musikalischen Synonym für den Durchhaltewillen auch unter den extremen Bedingungen von „Unfreiheit und Willkür“ geworden. Bereits im August 1933 erklang es zum ersten Mal – Häftlinge im Konzentrationslager Börgermoor im Emsland sangen die Strophen, die der aus politischen Gründen inhaftierte Schauspieler Wolfgang Langhoff mit seinem gleichgesinnten Mithäftling Johann Esser verfasst und die der elsässische Kommunist Rudi Goguel vertont hatte. Offenbar erkannte die SS zunächst weder die Brisanz noch die Eingängigkeit des Marschliedes, das innerhalb kürzester Zeit Verbreitung in den Lagern fand. Als es verboten wurde, war es längst zur Hymne derer geworden, die – wie Wolfgang Langhoff nach seiner Flucht 1935 schrieb – „hinter Stacheldraht im eigenen Land gefangen“ waren. In diesem Lied schwingt die quälende Monotonie schwerster Fronarbeit mit. Zugleich hält es die Hoffnung wach auf ein Ende des „Winters“, auf einen Frühling, der die Rückkehr in eine befreite Welt verheißt.

Ist es bloß ein Zufall, dass auch Ihnen, verehrte Frau Klüger, das Bild von der befreienden Kraft wärmender Frühlingssonnenstrahlen half? Als Ihrer Mutter gelang, ein altes und halb zerrissenes Schulbuch für Sie, das dürstende und hungrige Mädchen, ins Lager zu schmuggeln, trug Sie Ihre Phantasie weit – Sie lasen in jenem Lesebuch ausgerechnet Goethes Osterspaziergang: „Im Tale grünet Hoffnungsglück“. Dazu schreiben Sie in Ihrer Biographie rückblickend: „Der Rückzug des Winters (‘in rauhe Berge’) und der Rückzug der deutschen Armee (...) waren ein und dasselbe“.

Verehrte Frau Klüger, wohlbekannt sind Ihre Skepsis, Ihr Misstrauen gegenüber Ritualen des öffentlichen Gedenkens. Umso höher rechnen wir Ihnen an, dass Sie der Einladung gefolgt und aus den Vereinigten Staaten angereist sind, um Ihre Worte an uns zu richten. Wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft, zu berichten, was Sie erfahren haben und zu deuten, was das Geschehene für Sie und für uns noch heute, auch heute, wieder bedeutet.

© Deutscher Bundestag

Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages
/bundestag/praesidium/reden/2016/001/403846
Stand: 16.03.2016